Corine DEFRANCE, Michael KIßENER,
Jan KUSBER, Pia NORDBLOM (Hg.)

Deutschland – Frankreich – Polen seit 1945

Transfer und Kooperation

Deutschland in den internationalen Beziehungen
L'Allemagne dans les relations internationales
Bd. 6 / Vol. 6

Wissenschaftliche Arbeitstagung des Centre national de la recherche scientifique/IRICE, Paris und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Historisches Seminar, Arbeitsbereiche Zeitgeschichte und Osteuropäische Geschichte vom 7. bis 9. Oktober 2010 in Mainz mit Unterstützung folgender Einrichtungen: Deutsch-Französische Hochschule (DFH); Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne (CIERA); CNRS/UMR IRICE. Identités, relations internationales et civilisations de l'Europe; Zentrum für Interkulturelle Studien (ZIS); Institut für Europäische Geschichte.

Die Drucklegung erfolgt dank der freundlichen Unterstützung durch die Deutsch-Französische Hochschule, das CIERA, das Zentrum für Interkulturelle Studien und die Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Historisches Seminar, Arbeitsbereich Zeitgeschichte.

Université franco-allemande
Deutsch-Französische Hochschule

ZIS | Zentrum für Interkulturelle Studien MAINZ

Johannes GUTENBERG UNIVERSITÄT MAINZ

IGU

ciera
Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne

Titelbild: © Dr. Andreas Linsenmann. Wir danken unserem "Model" Lisa Lüdke.

Ce volume est publié après révision par des pairs.

Toute représentation ou reproduction intégrale ou partielle faite par quelque procédé que ce soit, sans le consentement de l'éditeur ou de ses ayants-droit, est illicite. Tous droits réservés.

© P.I.E. PETER LANG S.A.
Éditions scientifiques internationales
Bruxelles, 2014
1 avenue Maurice, B-1050 Bruxelles, Belgique
www.peterlang.com ; info@peterlang.com

Imprimé en Allemagne

ISSN 2034-4929
ISBN 978-2-87574-209-4
eISBN 978-3-0352-6476-0
D/2014/5678/111

Information bibliographique publiée par « Die Deutsche Bibliothek »

« Die Deutsche Bibliothek » répertorie cette publication dans la « Deutsche National-bibliografie » ; les données bibliographiques détaillées sont disponibles sur le site <http://dnb.ddb.de>.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 9
Corine Defrance, Michael Kißener, Jan Kusber, Pia Nordblom

Das Weimarer Dreieck – Deutsches Konstrukt und europäischer Entwurf zwischen Mächtepolitik und Kooperationsperspektiven 15
Hans-Jürgen Bömelburg

Die (west-)deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 29
Michael Kißener

Von der Katastrophe zur Normalität in Europa. Wegmarken der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 43
Jan Kusber

Die französisch-polnischen Beziehungen seit 1945 61
Tomasz Schramm

Die Anfänge des Weimarer Dreiecks. Historische Perspektiven 81
Dieter Bingen

Das Weimarer Dreieck: Ein Modell trilateraler Beziehungen? 91
Jérôme Vaillant

Die trilaterale Wirtschaftskooperation im Weimarer Dreieck. Bestandsaufnahme, Perspektiven und Potentiale 105
Frédéric Plasson

Das Deutsch-Französische Jugendwerk. Ein „Modell" für die Einrichtung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks? 127
Corine Defrance

Bilanz und Perspektiven der trinationalen Zusammenarbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks mit Polen 145
Eva Sabine Kuntz

Universitäre und wissenschaftliche Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck: Science-(and)-Fiction? 163
Kornelia Kończal & Robert Żurek

Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen seit den 1960er Jahren 207
Lisa Bicknell

Städtepartnerschaften im trilateralen Kontext am Beispiel der Kommunalbeziehungen der Stadt Wolfsburg 225
Tanja Herrmann

Nachbarschaft: Chance oder Bürde? Das Elsass und (Ober-)Schlesien seit 1945 247
Pierre-Frédéric Weber

Personenregister 267

Ortsregister 271

Institutionen 275

Akronyme 281

Autoren und Herausgeber 285

Vorwort

Corine DEFRANCE, *Michael* KIßENER,
Jan KUSBER, *Pia* NORDBLOM

„Nachdem unter Adenauer und de Gaulle die Aussöhnung mit Frankreich gelang, nachdem sich in den vergangenen zehn Jahren die deutsch-polnischen Beziehungen auf ganz unwahrscheinliche und unerwartete Weise entkrampft haben [...], wäre die Achse Paris-Berlin-Warschau zu stärken. Der europäische Alltag ist quicklebendig, fürchten muss man die müden Sinnstiftungs-Routinen"[1]

Schrieb Jens Bisky Anfang 2014 in der „Süddeutschen Zeitung" und mahnte, dass gerade in den Zeiten der Krise kein Platz für große Europadiskurse und Europa-Floskeln ist. Wie lebendig die Beziehungen „in dem Dreieck Frankreich, Deutschland und Polen" bisweilen sind, unterstreichen die Beiträge in dem vorliegenden Sammelband, der aus historischer Perspektive eine Bestandsaufnahme vornehmen und überdies untersuchen will, ob bzw. auf welche Weise die sogenannte deutsch-französische Verständigung und Kooperation auch auf Dritte – und in diesem Fall auf Polen – übertragbar sein kann.

Mit dem Begriff des „Erfahrungswissens" („transfert d'expérience") sollen alle Formen von Austausch und Kooperation erfasst werden, die sich zwischen Deutschland (bis 1989/90 in den

[1] Jens BISKY, Fürchtet die Müdigkeit. Europas Krise ist nicht vorüber. Nun sollte endlich ein Gespräch über die Zwecke der EU stattfinden, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 4, 7.1.2014, S. 9.

auch in Zukunft als kostbares Gut begreifen und sich jenseits nationalstaatlicher Egoismen um den Ausbau von Kooperation und Transfer bemühen.

Mainz, 8. Januar 2014

Post scriptum: Während der Drucklegung dieser Arbeit entwickelte sich die Ukraine-Krise zur neuen Herausforderung für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen. Diese jüngsten Ereignisse sind nicht mehr Gegenstand dieses Bandes.

Das Weimarer Dreieck – Deutsches Konstrukt und europäischer Entwurf zwischen Mächtepolitik und Kooperationsperspektiven

Hans-Jürgen BÖMELBURG

Die bevorzugte Kooperationsebene zwischen Deutschland, Frankreich und Polen, die am 28. August 1991 mit dem sog. Weimarer Dreieck anlässlich eines Außenministertreffens zwischen Hans-Dietrich Genscher, dem Franzosen Roland Dumas und dem Polen Krzysztof Skubiszewski in Weimar ins Leben gerufen wurde, ist fast 25 Jahre nach seiner Gründung ein Konzept, das europaweit sowohl große Hoffnungen wie ebenso große Befürchtungen ausgelöst hat. Teilweise als bloße Deklaration ohne Realisierungsperspektive abgetan, vermag das Weimarer Dreieck, geplant als eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen, heute immer noch Ängste auszulösen.

Warum ist das so? Sicherlich spielen hier auch pure mächtepolitische Additionen und banale Hochrechnungen eine auslösende Rolle. Besitzen nicht Deutschland, Frankreich und Polen mit ihren mehr als 180 Millionen Einwohnern (fast 40% der Europäischen Union) und ihrer gemeinsamen Staatsfläche von mehr als 1,2 Millionen km² (knapp 30%) das wirtschaftliche und politische Potential, die europäische Einigung dauerhaft zu prägen und eine zentrale Stellung auf dem europäischen Kontinent zu erlangen? Bilden nicht die den jeweiligen Eliten zugeschriebenen Eigenschaften, deutsche Wirtschaftskraft, französisches planerisches Denken und

polnische Ostkompetenz und Improvisationskraft eine kaum zu überbietende ideale Kombination? Dominierten nicht historisch diese drei Staaten über Jahrhunderte Mitteleuropa und schufen attraktive gesellschaftliche und kulturelle Muster?

Andererseits findet sich gegenüber dem Weimarer Dreieck in der politikwissenschaftlichen Öffentlichkeit auch eine entgegengesetzte „instrumentelle" Position. Die trilaterale Zusammenarbeit sei bei ihrer Entstehung nur ein instrumenteller Versuch gewesen, das vereinigte Deutschland „einzurahmen", worauf die deutsche Diplomatie aus Opportunitätsgründen eingegangen sei. Eine tatsächliche französisch-polnische Zusammenarbeit habe es in den mehr als zwanzig Jahren des Bestehens des Dreiecks nie gegeben. Das Dreieck sei eine Schönwetterkonstruktion, die in politischen Krisen – etwa dem französisch-polnischen Konflikt nach der Aufnahme Polens in die EU oder den deutsch-polnischen Konflikten der Ära Kaczyński – handlungsunfähig sei. Außer deklamatorischen Erklärungen hätten die jährlichen Konsultationen der Regierungschefs nichts gebracht. Dies sehe man ganz praktisch auch an dem fehlenden organisatorischen Unterbau, so verfüge das Weimarer Dreieck über keinerlei Institutionalisierungsperspektive, ja noch nicht einmal ein Büro oder einen organisatorischen Apparat.

Sicherlich sind einerseits die obigen Additionen wie andererseits der Vorwurf einer reinen Schönwetterkonstruktion politisch unsinnig und historisch falsch. Jedoch tauchen sie häufig bei der internationalen Beschäftigung mit dem Weimarer Dreieck auf und belegen das Angst- wie Abqualifikationspotential, das das Weimarer Dreieck mit sich bringt. Auch dies ist ein Grund, sich näher mit der Geschichte, den politischen Praktiken, Resultaten und Problemen des Weimarer Dreiecks zu beschäftigen.

Eine Frage drängt sich dabei auf: In Politik, Wissenschaft und Kultur wird immer wieder die Überwindung eines Bilateralismus, der von historischen Stereotypen und festgefahrenen Strukturen gekennzeichnet sei, zugunsten einer tri- und multilateralen Zusammenarbeit gefordert. Dabei wird jedoch selten berücksichtigt, dass eine trilaterale Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Partnern, in die auch breitere gesellschaftliche Gruppen und zivilgesellschaftliche Partner eingebunden sein sollen, und die nicht auf politische Deklarationen beschränkt sein soll, gemeinsame Interessen in allen drei Staaten und breite Kenntnisse von allen

drei Partnern und ihren Gesellschaften erfordert. Im deutsch-französisch-polnischen Fall stellt sich zudem das Problem der gemeinsamen Verkehrssprache, zumal bei der deutsch-französischen Kooperation historisch sehr viel Wert auf den wechselseitigen Spracherwerb gelegt wurde.

Im Folgenden soll zunächst nach einer einleitenden Historisierung der Ausgangsbedingungen und -konzepte des Dreiecks die Frage diskutiert werden, inwieweit die Erfahrungen der deutsch-französischen bilateralen Zusammenarbeit nach 1949 ein Muster für vergleichbare Initiativen im deutsch-polnischen Kontext wurden. Schließlich geht es um eine Abschätzung der Ergebnisse und eine Diskussion von Perspektiven in den einzelnen Sektoren einer internationalen Zusammenarbeit.

1. Historisierung

Die Gründung des „Komitees zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit", des „Weimarer Dreiecks" am 28. August 1991, erfolgte in einem spezifischen historischen Moment an einem symbolischen Ort: Kurz zuvor war der neue Unionsvertrag in der Sowjetunion während des Augustputsches (18.-21. August 1991) in Moskau gescheitert, die Ergebnisse der Wende von 1989 standen zeitgenössisch auf des Messers Schneide und die Zukunft ganz Osteuropas war weitgehend unklar. In dieser Situation sollte die deutsch-französisch-polnische Kooperation neue Grundlagen für eine politische Kooperation im damals neuen größeren Europa legen und ein Stück weit die Situation in Ostmitteleuropa „versicherheitlichen", ohne die alten Ängste vor einer deutschen Vorherrschaft wiederzubeleben.

Der 242. Geburtstag Goethes und das Treffen in Weimar, einer Stadt, die an Literatur und Kunst, aber auch an die gescheiterte deutsche Weimarer Republik und das unweit der Stadt gelegene Konzentrationslager Buchenwald und den nationalsozialistischen Terror erinnerte, luden insbesondere aus einer deutschen Perspektive die Symbolik des auf Vorschlag Hans-Dietrich Genschers gegründeten Weimarer Dreiecks auf. Eine Versöhnung auf der Basis des gemeinsamen europäischen kulturellen Erbes gegen die Feindbilder der Vergangenheit für eine zukünftige Zusammenarbeit, so könnte man die deutsche Perspektive zusammenfassen, aus der ein

„bestimmter Geist" erwuchs und für die man auch trilateral auf die Erfahrungen der deutsch-französischen Aussöhnung setzte (vgl. dazu den Beitrag Dieter Bingens im vorliegenden Band).

Es ist offensichtlich, dass eine solche historische Symbolik auf der französischen wie auf der polnischen Seite fehlte. Hier überwogen spezifischere Zielsetzungen, die in diesem Moment tagespolitisch zusammenfielen und erst den Abschluss der formellen Kooperation ermöglichten. Die französische Diplomatie, die angesichts des Zusammenbruchs und der Auflösung des sowjetischen Machtbereichs nur in der Deutschlandfrage aktiv geworden war, suchte nach neuen Konzepten und Modellen gegenüber dem nun erheblich unübersichtlicher gewordenen östlichen Europa. Selbst verfügte man über zu wenig Osteuropakompetenz und -engagement und erhoffte zugleich, stärkeren Einfluss auf die deutsche Politik im östlichen Europa nehmen zu können. In der Person des Außenministers Dumas fand sich ein ausgesprochener Deutschlandkenner an der Spitze der französischen Außenpolitik, der auf multilaterale Lösungen setzte.

Die polnische Außenpolitik benötigte aus der Sicht der neuen, außenpolitisch noch weniger erfahrenen polnischen Eliten dringend stabile Partner in Europa. Sowjetische Truppen und Panzereinheiten standen noch in Westpolen, wie schnell diese abziehen würden, war im August 1991 völlig offen. Persönlichkeiten wie der frankophile Oppositionsberater und spätere Außenminister Bronisław Geremek (1932-2008) erhofften sich von der Anbindung neben Deutschland auch an Frankreich eine Anknüpfung an die historisch intensiven kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte zwischen Polen und Frankreich.

Es ist offensichtlich, dass diese unterschiedlichen Erwartungen und Ziele nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen waren. In dem Maße, in dem die Einheit Deutschland in eine wirtschaftliche Krise führte, sich in Frankreich eine realistischere Wahrnehmung der Veränderungen im östlichen Europa durchsetzte und Polen sich des sowjetischen Drucks entledigen konnte, ließen auf allen drei Seiten die Motivationen für eine intensive Zusammenarbeit nach. Dies war schon Mitte der 1990er Jahre sichtbar und begleitete in der Folge die politische Geschichte des Weimarer Dreiecks: Das Dreieck erwies sich als nur eine Formel einer multilateralen Zusammenarbeit, die zunächst bei der

vertieften Integration Europas (Währungs- und Wirtschaftsunion, politische Union) infolge der Nicht-Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union keine Funktion entwickeln konnte. Ähnlich wie andere multilaterale regionale Kooperationen (Vyšehrad-Gruppe, Ostseerat) fehlte eine politische Perspektive, so dass alle solche Initiativen die tastende Situation der frühen 1990er Jahre widerspiegelten, aber mit einer konkreten Beitrittsperspektive zu NATO und EU in eine Krise gerieten.

2. Das deutsch-französische Modell und seine Übertragung auf deutsch-polnische Initiativen

Gegenüber anderen tri- oder multilateralen Kooperationsplattformen bot allerdings das Weimarer Dreieck eine Besonderheit: Es konnte auf der über Jahrzehnte eingespielten deutsch-französischen bilateralen Zusammenarbeit aufbauen und von dort aus theoretisch Verfahrensweisen übernehmen. Auch lag hierin natürlich die Gefahr, die polnische Seite nur als „Juniorpartner" zu behandeln und mithin zu verprellen. Allerdings schied dies auf politischer Ebene zumindest vor 2004 aus, da das Nicht-EU-Mitglied Polen bei vielen politischen Initiativen ausgeschlossen blieb.

Anders sah es jedoch auf kulturpolitischer Ebene aus: Hier war durch die Einrichtung des Weimarer Dreiecks eine Berufung auf den deutsch-französischen „Acquis" möglich und es bestanden bereits 1991 konkrete Handlungsperspektiven. Hier war ein Spielraum entstanden und es stand ein deutsch-französischer „Werkzeugkasten" offen, der von Seiten der damals noch in Bonn gemachten rheinischen Politik nun auch auf die deutsch-polnischen Beziehungen übertragen werden konnte. Auf deutscher Seite bot dies den Vorteil, dass in der deutschen Öffentlichkeit die Kontakte mit dem bis dahin vielfach unbekannten polnischen Partner, gegen den zumindest bei einem Teil der Bevölkerung starke historische und politische Vorurteile (negative Stereotypie, „Vertreibung") bestanden, durch die Berufung auf die unbestreitbaren deutsch-französischen Ergebnisse ein Stück weit besser organisierbar und leichter „verkaufbar" gemacht werden konnten.

Für die Bonner Ministerialbürokratie bot das Weimarer Dreieck so deutsch-französische Vorbilder, die im Prinzip auch ohne Kenntnis der komplexen deutsch-polnischen Verflechtungsgeschichte

übertragen werden konnten. Auf polnischer Seite waren diese Muster kaum bekannt, die Berufung auf das deutsch-französische Vorbild stellte aber in den Augen der polnischen Politik sicher, dass die aus ihrer Sicht wichtige Parität gewährleistet blieb. Wenn man also fragt, welche Akteure deutsch-französische Vorbilder auf die deutsch-polnischen Beziehungen übertrugen, so ist in erster Linie an durch die rheinische Politik geprägte Politiker und die Bonner Ministerialbürokratie zu denken, die potentiellen polnischen Partnern Vorschläge machten und Optionen eröffneten.

2.1 Versöhnung und Abbau der Feindbilder

Grundsätzlich sahen die deutschen, aber auch die französischen Eliten in der deutsch-französischen Aussöhnung ein Vorbild, das auch anderen Nationen helfen könne, nach Konflikten eine friedliche Annäherung umzusetzen (vgl. zu französischen Stimmen in diesem Band den Beitrag von Corine Defrance). Dabei wurden jedoch gerade im Transfer auf Osteuropa die anderen Voraussetzungen manchmal nicht gebührend berücksichtigt.

Während die deutsch-französische Aussöhnung sich seit 1949 zwischen zwei demokratischen Gesellschaften entwickelt hatte und über mehrere Jahrzehnte durch Kirchen, Institutionen und zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützt worden war, war die deutsch-polnische Verständigung bis 1989 durch den Graben zwischen Ost und West blockiert geblieben (vgl. dazu den Beitrag von Jan Kusber). Zwar hatte es zahllose individuelle Besuche gegeben, doch stand die institutionelle Annäherung unter der Bürde, dass eine demokratisch legitimierte Gesellschaft mit einem diktatorischen Regime kommunizieren musste, das auch die Frage der Aussöhnung zwischen den Gesellschaften instrumentell betrachtete. Aus der Perspektive der kommunistischen Eliten war es bis 1989 eher angezeigt gewesen, mit dem angeblich revisionistisch eingestellten westdeutschen Nachbarn die eigene Legitimation zu sichern. Nur ein durch die Sowjetunion geschütztes und kommunistisches Polen könne die polnische Gesellschaft gegen die deutschen territorialen Ansprüche schützen, so die Argumentation auch noch der Regierung Jaruzelski. In der polnischen Öffentlichkeit wurden wiederholt gesellschaftliche Ängste gegenüber der westdeutschen Bevölkerung durch gelenkte mediale Kampagnen geschürt. Die westdeutsche

Politik musste sich unter den Regierungen Brandt, Schmidt und Kohl stets Vorwürfen erwehren, mit nicht-demokratischen kommunistischen Regimes zu eng zusammenzuarbeiten.

Vor diesem Hintergrund konnten vor 1989 nur kirchliche Milieus freier agieren (vgl. dazu den Beitrag von Lisa Bicknell). Im deutsch-französisch-polnischen Dreieck bedeutete dies, dass insbesondere kirchliche katholische Versöhnungsbemühungen aus dem deutsch-französischen auf die deutsch-polnischen Beziehungen übertragen werden konnten. Das gemeinsame katholische Glaubensbekenntnis bot hier einen Katalysator, der auch noch nach 1989 Anstöße geben sollte. Die in Frankreich entstandene transnationale Friedensbewegung „Pax Christi" bemühte sich intensiv um Kontakte nach Deutschland (vgl. dazu den Beitrag von Michael Kißener), aber auch in das östliche Europa. Hier gab es Kanäle, die auch trilateral genutzt werden konnten.

Die von der deutsch-französischen Aussöhnung geprägten westdeutschen Politiker mit Helmut Kohl an der Spitze versuchten mit dem Entstehen einer demokratisch legitimierten polnischen Regierung, die aus der deutsch-französischen Aussöhnung bekannten geschichtspolitischen Gesten auch auf das deutsch-polnische Verhältnis zu übertragen. Ähnlich wie die deutsch-französische Versöhnung durch einen gemeinsamen Besuch der Kriegsfriedhöfe um Verdun von Helmut Kohl und François Mitterrand im September 1984 abgeschlossen worden war, suchte Kohl auch im deutsch-polnischen Kontakt eine ähnliche spektakuläre Geste. Kohl glaubte diesen Ort am oberschlesischen Annaberg, wo nach dem Ersten Weltkrieg Kämpfe zwischen deutschen und polnischen Freikorps um die Zugehörigkeit der Region getobt hatten, gefunden zu haben und umarmte dort demonstrativ im November 1989 unter einem Kreuz als Versöhnungszeichen den ersten demokratisch gewählten polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki. Mazowiecki fühlte sich jedoch von dieser nicht abgesprochenen Geste überrumpelt und versuchte sich ihr zu entziehen, denn er befürchtete innenpolitische Probleme, weil es zu diesem Zeitpunkt noch keine vertrauensvolle westdeutsch-polnische Zusammenarbeit gab. Strukturell handelte es sich hier jedoch um einen Versuch, erprobte deutsch-französische Verfahren auf die deutsch-polnische Aussöhnung zu übertragen.

Auch nach 1991 bildeten Versöhnung und der Abbau von Feinbildern eine der zentralen Entwicklungsachsen des Weimarer Dreiecks. Nun kam es jedoch zu einer konzertierteren und besser abgestimmten Übertragung von deutsch-französischen Modellen im Kontext des Weimarer Dreiecks auf die trilaterale Zusammenarbeit.

2.2 Das Deutsch-Französische und das Deutsch-Polnische Jugendwerk

Die Entwicklung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW), die auf Erfahrungen aus dem Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) aufbaute, ist das insgesamt am besten bekannte Beispiel einer Übertragung von Werkzeugen aus der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Die Einrichtung eines Deutsch-Polnischen Jugendwerks wurde zwischen 1989 und 1991 auf deutscher Seite schrittweise vorbereitet und seit 1991 mit dem „Deutsch-Polnischen Abkommen über Gute Nachbarschaft" systematisch implementiert. Der ähnliche Aufbau – mit einer Leitung durch ein Kuratorium, einen Rat und Generalsekretäre – wurde direkt übernommen (vgl. dazu den Beitrag von Corine Defrance).

Allerdings gibt es auch eine Reihe bemerkenswerter Unterschiede: So verfügte das DPJW in der Gründungsphase über erheblich weniger Kapital und jährliche Mittel als der „große Bruder", das DFJW – ein Zustand, der bis heute so fortdauert. Überbrückt wurde diese Mittelknappheit teilweise durch eine Vergabe der deutsch-französischen Mittel auch für trilaterale Veranstaltungen. Systematisch ausgeschlossen sind im Deutsch-Polnischen Jugendwerk jegliche Maßnahmen im universitären Bereich und damit auch der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung.

Zudem spielt das wechselseitige Erlernen der jeweiligen Sprache und damit auch eine vertiefte Kenntnis der wechselseitigen Kulturen im deutsch-polnischen Austausch eine deutlich geringere Rolle. Nur wenige Seminare finden zweisprachig statt, stattdessen wird das Englische häufig als *lingua franca* benutzt. Das ermöglicht aber zugleich eine leichtere Öffnung solcher Veranstaltungen in Richtung multilateraler Teilnehmergruppen (vgl. etwa die trilateralen deutsch-polnisch-ukrainischen oder deutsch-polnisch-tschechischen Veranstaltungen) und stellt mithin das moderne Instrument in einem immer stärker englischsprachigen Europa dar.

2.3 Städtepartnerschaften

Auch im Bereich der deutsch-polnischen Städtepartnerschaften ließen sich deutsch-französische Erfahrungen übertragen (vgl. dazu den Beitrag von Tanja Herrmann). Allerdings muss man hier deutlich auf die spezifische Ausgangssituation mit vielfältigen Blockaden in den deutsch-polnischen Beziehungen hinweisen, die 1989/91 plötzlich fielen. Zuvor war die Umwandlung informeller Beziehungen zwischen Kommunen in reguläre Städtepartnerschaften oft an der Städtenamenfrage (Verwendung der historischen deutschen oder der aktuellen polnischen Städtenamen in den Partnerschaftsabkommen) gescheitert – nach 1991 sahen weder die deutsche noch die polnische Seite hier grundsätzliche Probleme. So ist die Welle der deutsch-polnischen Städtepartnerschaften in den frühen 1990er Jahren weniger auf die Übertragung eines deutsch-französischen Modells, sondern stärker in der Auflösung eines „Staus" aus den 1980er Jahren begründet.

Auch blieben die Möglichkeiten einer Übertragung von Werkzeugen begrenzter: Städtepartnerschaften hingen oft von einzelnen Initiatoren und Gruppen in der Stadtbürgerschaft und deren Agenda ab. Vergleichbar sind Initiativen von ehemaligen Zwangsarbeitern, die im deutsch-französischen wie im deutsch-polnischen Milieu Städtepartnerschaften begründeten. Wenn jedoch aus Partnerschaften westdeutscher Städte mit Vertriebenen und deren Heimatstuben in den 1990er Jahren Städtepartnerschaften entstanden (etwa Northeim – Prudnik) oder zumindest Flüchtlinge Anstöße für Städtepartnerschaften gaben, so gibt es hierfür kaum deutsch-französische Beispiele, weil Vertreibungen und andere Formen von Bevölkerungsverschiebungen in den deutsch-französischen Beziehungen bzw. Konflikten eine sehr geringe Rolle gespielt haben.

2.4 Bildung und Wissenschaft

Grundsätzlich: Der Anstoß für die Übertragung der deutsch-französischen Modelle auf die deutsch-polnischen Beziehungen ging weitgehend von der deutschen Seite aus. Deutsche Akteure erkannten, dass erstens die deutsch-französischen Lösungen einen pragmatischen Erfahrungsschatz boten, der Vorbilder für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen liefern

konnte. Zweitens bot die Berufung auf die deutsch-französischen Muster auch eine Legitimationsbasis für Forderungen nach Parität im deutsch-polnischen Verhältnis. Zwar besaßen die deutsch-polnischen Beziehungen gerade innerhalb der deutschen, in den 1990er Jahren noch stark rheinisch geprägten politischen Klasse nicht die Symmetrie, die dem deutsch-französischen Verhältnis in der alten Bundesrepublik immer eingeschrieben war. Doch konnte mit Blick auf die historischen Verbrechen und die schweren geschichtspolitischen Belastungen des deutsch-polnischen Verhältnisses sehr wohl von manchmal polonophilen Akteuren eine Gleichberechtigung nach deutsch-französischem Vorbild eingefordert werden. Auch bot der deutsch-französische Werkzeugkasten pragmatischen Politikern und Verwaltungsfachleuten in Deutschland erprobte Modelle, die man ohne intensive konzeptionelle Arbeit einfach auf die deutsch-polnischen Beziehungen übertragen konnte.

Allerdings verhindern strukturelle Unterschiede sowie die hohe Sprachbarriere und die geringe Förderung der Wissenschaftssprache Polnisch hier bis heute nachhaltige Effekte (vgl. die tiefschürfende Analyse von Kornelia Kończal und Robert Żurek). Ein dem deutsch-französischen ABIBAC vergleichbaren Abschluss zur Erlangung der Hochschulreife gibt es deutsch-polnisch nicht. Die virtuelle Deutsch-Französische Hochschule (Sitz Saarbrücken) mit ihrer Hilfestellung insbesondere bei der Entwicklung von deutsch-französischen integrierten Studiengängen und binationalen Co-Tutelle-Verfahren (Promotionen, die in beiden Staaten anerkannt sind) ist bisher im deutsch-polnischen Verhältnis nicht implementiert – sicher auch, weil die deutschen und polnischen Promotionsstrukturen noch stärker voneinander abweichen und gerade in Polen eine gewisse Angst vor der „Abwerbung" von Nachwuchswissenschaftlern aufgrund des Gehaltsgefälles besteht. Hier fehlen Anreize zu einer engeren Kooperation gerade auf einem Feld, das trinationale Regelungen ermöglichen würde.

3. Probleme und Chancen einer Trilateralität

Im Jahre 1991, als das Weimarer Dreieck aus der Taufe gehoben wurde, war der Eintritt Polens in die Europäische Union (2004) ebenso wenig vorhersehbar, wie die zügige wirtschaftliche

Entwicklung und die inzwischen langanhaltende wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und Stabilität gerade in Polen. Ganze Felder der älteren Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks sind durch die Freizügigkeitsbestimmungen oder Kooperation innerhalb der EU bedeutungslos geworden, darunter insbesondere Sozialpolitik, Staatsbürgerschaft und wirtschaftspolitische Kooperationen. In anderen Bereichen, in denen eine trilaterale Kooperation vielleicht möglich wäre, scheitert diese an grundsätzlich abweichenden politischen Weichenstellungen und Zielen, so etwa in der Energiepolitik.

Dagegen gibt es Versuche, die Zusammenarbeit auch auf die Verteidigungspolitik zu übertragen. Die seit 2009 angekündigte Formierung eines gemeinsamen Militärkorps in Form der „Weimar Battlegroup" als schnelle deutsch-französisch-polnische Einsatzkräfte, die binnen 15 Tagen unter polnischem Oberkommando mit Sitz in Międzyrzecz zur Verfügung stehen, wurde mehrfach verschoben.

Auch weckt das Weimarer Dreieck – gerade durch das Gewicht der drei beteiligten Staaten – innerhalb der EU Bedenken von entschiedenen Vertretern einer Multilateralität insbesondere unter den kleineren EU-Staaten. Historisch ist das nichts Neues: Bereits in der alten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs gab es 1963 nach der Unterzeichnung der deutsch-französischen Verträge Befürchtungen, dass ein deutsch-französisches Tandem Europa dominieren könnte. Seitdem tauchten solche Befürchtungen periodisch auf. Diskutiert werden muss, ob heute innerhalb einer EU mit 28 Mitgliedsstaaten eine trilaterale Zusammenarbeit von drei der sechs größten Mitgliedsstaaten noch zeitgemäß sein kann oder nicht bereits im Vorfeld oder als Handlungsoption erhebliche Widerstände produziert. „Multilateralität" als Begriff ist deutlich weniger vorbelastet als trilaterale Absprachen „der Großen", auch ein Aspekt, warum ein politisches Profil des Weimarer Dreiecks gegenwärtig nicht existiert.

Allerdings müssen die internationalen Diskussionen um die Probleme und Schwierigkeiten des Weimarer Dreiecks auch vor diesem gesamteuropäischen Hintergrund interpretiert werden. Was ist davon publizistisches Begleitspiel, was ein ernsthaftes Strukturproblem?

3.1. Französisch-polnische Probleme

In den Bereich „Strukturprobleme" gehört ohne Zweifel die unterentwickelte französisch-polnische Zusammenarbeit. Historisch und kulturell sind Frankreich und Polen zwar „Erbfreunde" (Corine Defrance), doch liegen die intensiven Zeiten einer kulturpolitischen Zusammenarbeit Jahrzehnte zurück. Noch in den 1960er und 1970er Jahren kooperierte eine noch französischsprachige polnische Wissenschaftlergeneration intensiv mit französischen Universitäten (vgl. dazu den Beitrag von Tomasz Schramm), an denen übrigens auch manche dem kommunistischen Regime missliebige Intellektuelle wie Bronisław Baczko oder Krzysztof Pomian eine Zuflucht fanden.

Seit den 1980er Jahren ging jedoch die französisch-polnische Kooperation kontinuierlich zurück – auch die einsetzende Kooperation innerhalb des Weimarer Dreiecks bildete da keine Trendwende. Teilweise spielt hierbei die fehlende gemeinsame Grenze eine Rolle, wenn auch Nachbarschaften nicht immer nur eine Chance, sondern auch eine Bürde darstellen können (vgl. dazu Pierre-Frédéric Weber im vorliegenden Band). Eine zentralere Bedeutung besitzen aber abnehmende kulturelle und politische Interessen sowie divergente Wirtschaftspolitiken. Aber auch ein gemeinsamer Unterbau fehlt: Es gibt kein „Französisch-Polnisches Jugendwerk" oder andere Institutionen, die eine polnisch-französische Kooperation anstoßen könnten. Partielle politische Verstimmungen – etwa die französische Zurechtweisung der polnischen Politik in der EU oder die Diskussionen um die Arbeitsmarktöffnung für den „polnischen Klempner" – sorgen so für dauerhafte Verstimmungen und ausbleibende Kooperation.

Polemiker schließen daraus, dass das Weimarer Dreieck strukturell nicht arbeiten könne. Dem kann allerdings entgegengehalten werden, dass nicht in allen Bereichen eine völlige Parität erforderlich sein muss – auch andere Kooperationen arbeiten mit verschiedenen Geschwindigkeiten.

Solche Schwierigkeiten können die Wahrnehmung wecken, dass Weimarer Dreieck sei vor allem eine deutsch-polnische, ja sogar eine deutsche Initiative: Aufgrund seiner Entstehungsgeschichte, der Bezeichnung nach dem deutschen Kulturort par excellence und den lediglich aus der deutschen Perspektive symmetrischen Interessen Richtung Westen und Osten ist leicht erkennbar, dass

insbesondere die deutsche Politik ein erhebliches Interesse am Weimarer Dreieck verfolgt.

3.2. Kooperationschancen und Weiterentwicklungen

Grundsätzlich liegt das zentrale Problem des Weimarer Dreiecks in der sinnvollen Implementierung einer trilateralen Zusammenarbeit im Rahmen eines multilateralen vereinten Europa. Das bedeutet jedoch nicht, dass nicht manche Fragen und Probleme tatsächlich trilateral sinnvoller und weniger bürokratisch gelöst werden können.

Zukünftige Chancen für das Weimarer Dreieck liegen auch weiterhin in einer verstärkten Kooperation im Kultur- und Wissenschaftsbereich. Hier kann mit relativ geringem Mitteleinsatz ein Kooperationsnetz mittlerer Reichweite entstehen, das gemeinsame Initiativen bündeln und den Wissenschaftsstandort West- und Mitteleuropa stärken kann. Zwar ist die Deklaration aus dem Jahre 1991 („eine umfassende Politik der Zusammenarbeit in den Bereichen der Kultur, der Bildung, der Wissenschaft, der Medien und der Austauschprogramme") bis heute nicht erfüllt, doch liegen hier nach wie vor Perspektiven. Erforderlich wäre dazu allerdings auch der Wille, in diesen Bereichen stärker zu kooperieren und bevorzugte Kultur- und Wissenschaftsallianzen abzuschließen. Im Januar 2013 wurde zumindest deklamatorisch anlässlich des 50. Jahrestages des Élysée-Vertrages beschlossen, die deutsch-französisch-polnischen Jugendbegegnungen auszubauen.

Auf der anderen Seite gibt es Belege dafür, dass die Dreieckskonstruktion des Weimarer Dreiecks gerade in schwierigen Situationen auch international als eine geeignete Kooperationsformel angesehen wird. Seit 2009 gibt es gemeinsame Versuche eine (sprachlich leicht befremdlich) „Trialog" oder „Troika" genannte deutsch-polnisch-russische Zusammenarbeit zu installieren, die insbesondere vertrauensbildende Maßnahmen in Mittel- und Osteuropa, etwa gemeinsame Treffen der außenpolitischen Ausschüsse der jeweiligen Parlamente oder Historikerkonferenzen betreiben soll. Ob eine solche Kooperation funktionieren kann, solange in der Russischen Föderation repressive Maßnahmen gegen Menschenrechtsorganisationen und ausländische Stiftungen unternommen werden und bürgergesellschaftliche Spielräume eher eingeengt werden, ist allerdings grundsätzlich umstritten.

Ist also das Weimarer Dreieick trotz aller Polemiken („Nostalgie-Modell") und Unabwägbarkeiten rein deklamatorischer Seiten ein Exportmodell? Nicht von der Hand zu weisen ist wohl die Überlegung, dass gerade in Situationen bilateraler Vertrauenskrisen eine trilaterale Zusammenarbeit neue Grundlagen legen kann. Die Besonderheit des Weimarer Dreiecks liegt allerdings darin, dass hier auf einen erprobten Werkzeugkasten einer deutsch-französischen Kooperation zurückgegriffen werden kann. Solche Prozeduren können im „grauen Alltag" wie in Krisensituationen stabilisierend wirken und sind wohl das Geheimnis einer bemerkenswerten Stabilität.

Die (west-)deutsch-französischen Beziehungen nach 1945

Michael Kißener

Wer mit dem vergiftenden, seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts verbreiteten Gerede von der „Deutsch-französischen Erbfeindschaft" aufgewachsen war, wer vielleicht die Schrecken des Ersten Weltkrieges in den Schützengräben bei Verdun miterlebt hatte, wer den Hass und die Verbitterung der Ruhrkampfjahre und der französischen Besatzung im linksrheinischen Deutschland noch erinnerte oder wer an die deutsche Besatzung in Frankreich von 1940 bis 1944 samt den dort von Wehrmacht und SS verübten Kriegsverbrechen dachte, dem muss wahrlich der Prozess der deutsch-französischen Aussöhnung und Annäherung, wie er nach 1945 sich einstellte, wie ein „Wunder" vorgekommen sein[1].

Nun finden Historiker sich mit „Wundern" in der Geschichte allerdings nur schlecht ab, sie kommen in ihrem „Werkzeugkasten" zur Erklärung historischer Ereignisse eigentlich auch gar nicht vor. Aus diesem Grund sind in der Vergangenheit in der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung eine Reihe von Ansätzen entwickelt worden, die diesen Prozess und seine Auswirkungen bis zum heutigen Stand der bilateralen Beziehungen erklären sollen. Im Zuge dieser Forschungen sind die deutsch-französischen

[1] So bezeichnete Charles de Gaulle die deutsch-französische Versöhnung, s. Herbert Elzer (Bearb.), Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949-1963, Bd. 3, München 1997, S. 1.